



Flüchtlinge im Lager Mentao in Burkina Faso

ANNE ACKERMANN / DER SPIEGEL

MALI

## Flucht gen Süden

Seit Tuareg-Rebellen und islamistische Milizen im März den Norden Malis übernommen haben, sind bereits 250 000 Menschen vor der Terrorherrschaft der Islamisten ins Ausland geflohen. Viele von ihnen kommen nach tagelangen Fußmärschen in provisorischen Flüchtlingscamps im benachbarten Burkina Faso unter. Dort berichten Flüchtlinge,

wie die im Norden herrschende al-Qaida-nahe Ansar al-Din-Gruppe inzwischen Kindersoldaten rekrutiert, unverheiratete Paare steinigen und Dieben die Hände abschneiden lässt. Außerdem haben die Islamisten begonnen, historische Stätten Malis zu zerstören. In Burkina Faso droht den Geflohenen nun eine Hungerkrise.



IRAN

## Ahmadinedschad im Abseits

Noch vergangene Woche demonstrieren sie in Teheran Einigkeit – Religionsführer Ali Chamenei und Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Dabei hat das Misstrauen zwischen den beiden längst neue Dimensionen erreicht. Denn dem Präsidenten droht der Entzug von Kompetenzen und damit eine

empfindliche Einschränkung seiner Macht. Erkenntnissen westlicher Geheimdienste zufolge gründete Chamenei Anfang dieses Jahres ein Komitee, das zur Aufgabe hatte, die „Stabilität des Energiesektors“ zu untersuchen. Zuvor waren interne Vorwürfe der Vetterwirtschaft in diesem Bereich bekanntgeworden. Die Untersuchungen ergaben, dass Ahmadinedschad tatsächlich Vertraute in wichtige Positionen gebracht hatte, für die sie keine Fachkenntnisse vorweisen konnten. Darunter befinden sich sowohl der zeitweilige Erdölminister als auch der

Chef der größten Öl- und Benzintransportgesellschaft NITC. Der Abschlussbericht des Komitees beschuldigt die beiden – und damit auch Ahmadinedschad –, für zahlreiche Unfälle mitverantwortlich gewesen zu sein, darunter Feuer in petrochemischen Anlagen, gebohrte Gasleitungen und eine Explosion im hochsensiblen Schwerwasserreaktor von Arak. Chamenei wird empfohlen, dem Präsidenten daher die Zuständigkeit im Energiesektor zu entziehen. Damit wäre Ahmadinedschad weitgehend vom umstrittenen iranischen Atomprogramm ausgeschlossen.